



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 18.05.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1 Kinder- und Familienzentrum Hoheneck -
mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Das Gremium erhält als Tischvorlage ein Handout mit Informationen zum Kinder- und Familienzentrum Hoheneck ausgeteilt.

Nach kurzer Einführung durch EBM **Seigfried** stellen Frau **Faigle** (Kindergartenkoordinatorin der evangelischen Gesamtkirchengemeinde), Frau **Ernst** (ev. Robert-Frank-Kindergarten) und Frau **Farin** (ev. Johannes-Ebel-Kindertagesstätte) anhand einer Filmpräsentation die Situation des Kinder- und Familienzentrums Hoheneck vor.

In der nachfolgenden Aussprache spricht das Gremium insgesamt seinen Dank für die gelungene Präsentation aus.

Stadträtin **Kopf** führt aus, ihr sei insbesondere die gemeinwesenorientierte Arbeit, das kooperative Miteinander, die enge Verzahnung mit der Grundschule sowie die Fürsorge seitens der Kirchengemeinde mit Räumlichkeiten, Beratung und finanzieller Unterstützung aufgefallen. Man wünsche eine glückliche Hand in der Weiterentwicklung der Idee.

Stadtrat **Daferner** zeigt sich sehr erfreut über die Entwicklung, insbesondere werde die räumliche Nähe zur Grundschule sowie die Öffnung der Kirchengemeinde mit zur Verfügung Stellung der Räume als Vorteil gesehen. Man wäre erfreut, wenn zu den Veränderungen durch den U3-Bereich wieder berichtet würde.

Auf die Darstellung Bezug nehmend steht aus der Sicht von Stadtrat **Kirnbauer** das Gebäude einschließlich der Grundschule und der evangelischen Gesamtkirchengemeinde Hoheneck sogar auf vier Säulen. Man befinde sich auf einem guten Weg.

Stadträtin **Klett-Heuchert** gefällt die enge Verzahnung mit der Grundschule und Kirchengemeinde sehr gut. Wünschenswert wäre aus ihrer Sicht, wenn das Kinder- und Familienzentrum eine Anlaufstelle für alle im Stadtteil darstellen würde.

Stadtrat **Heer** verweist auf die gute Vernetzung mit anderen Einrichtungen auch über Hoheneck hinaus und sieht das Kinder- und Familienzentrum Hoheneck als gutes Beispiel an.

Stadträtin **Lange** schließt sich den Ausführungen ihrer Vorredner an.

Frau **Ernst** geht nachfolgend kurz erläuternd auf die Themenbereiche Mittagessensversorgung sowie Raumproblematik ein.

EBM **Seigfried** stellt fest, dass die Frage der Weiterentwicklung des Schulstandorts in Hoheneck wie auch die gesamte Frage des weiteren Ausbaus der Grundschulen zu Ganztagschulen auf der Agenda stehe und mit Raumfragen gekoppelt sei. Man arbeite in der Verwaltung intensiv an der Erarbeitung eines Grundkonzeptes für den Ganztag in Grundschulen. EBM **Seigfried** spricht abschließend seinen Dank für die Arbeit aus.

TOP 2

Konzeptionelle Weiterentwicklung der
städtischen Kinder- und Jugendförderung

Vorl.Nr. 170/11

Beschluss:

1. Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport wird beauftragt, die Kinder- und Jugendförderung der Stadt Ludwigsburg weiterzuentwickeln.
2. Grundlagen der Weiterentwicklung sind die in der Vorlage 004/10 vorgestellten Leitlinien, die Ergebnisse der Jugendkonferenzen (Vorlage 120/11) sowie die aus den Jahresberichten 2010 der Kinder- und Jugendförderung (Vorlage 118/11) und des Jugendreferenten (Vorlage 119/11) erzielten Bewertungen aus der Erörterung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 04.05.2011.
3. Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport berichtet jährlich im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales über Angebote, Ergebnisse, Entwicklungen und Veränderungen in der Kinder- und Jugendförderung.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die einzelnen Ziffern werden getrennt zur Abstimmung gestellt.

Ziffer 1 wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Ziffer 2 wird mit 14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Ziffer 3 wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen.

Nach kurzer Einführung in den Sachverhalt durch Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt nachfolgend Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) erläuternd die Entwicklungen der konzeptionellen Weiterentwicklung der städtischen Kinder- und Jugendförderung dar. Durch die Übernahme des Kinderbüros in die Kinder- und Jugendförderung könnten Angebote für Kinder weiterhin entwickelt werden. Wichtige Aufgabe sei, die Erkenntnisse aus den Jugendkonferenzen jetzt umzusetzen. Ein Jahresbericht werde mindestens einmal jährlich im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vorgelegt. Er geht weiterhin erklärend auf die Personalressourcen ein. Anhand einer Grafik zeigt er die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Ludwigsburg, die Verteilung auf Stadt und Stadtteile sowie die jeweiligen Schwerpunkte der Arbeit der Kinder- und Jugendförderung auf.

In der nachfolgenden Aussprache weist Stadtrat **Herrmann** darauf hin, dass den Jugendlichen deutlich gemacht werden müsse, dass nicht alle Wünsche umgesetzt werden könnten und hier auch Eigeninitiative der Jugendlichen nötig sei. Die Jugendarbeit der Stadt biete einen Rahmen, stelle jedoch nur einen Baustein dar, auch Kirchen, Vereine und freie Träger leisteten Jugendarbeit. In der Vorlage sei jetzt den Anliegen seiner Fraktion, Jugendarbeit auch dezentral in den Stadtteilen auszuüben sowie in Bezug auf hauptamtliche Kräfte und Honorarkräfte in den Stadtteilen, nachgekommen. Man habe nun ein gutes Ergebnis erzielt und werde der vorliegenden Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Daferner** erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage. Wichtig sei die Frage der Vernetzung mit Kirchen, Sportvereinen und anderen Vereinen sowie der Konkretisierung in einer Konzeption. Probleme sehe man im Bereich der Oststadt und bitte daher, Bezug nehmend auf den Antrag Vorl.Nr. 001/11, diesen Aspekt im Zuge des Sportparks Ost in die konzeptionellen Überlegungen mit einzubeziehen. Man bitte des Weiteren, die aufsuchende Jugendarbeit im Zuge der Gesamtkonzeption und der Personalsituation zu überdenken. Insgesamt sei man auf dem richtigen Weg.

Stadträtin **Moersch** dankt für die die Präsentation und Vorstellung der Konzeption. Aus Sicht ihrer Fraktion werde jedoch im Bereich der Jugendförderung mit Blick auf ein attraktives und vielfältiges Angebot noch mehr Vernetzung benötigt. Auch die Kooperation mit ehrenamtlichen Bürgern der Stadt laufe noch nicht rund. Jugendförderung sei eine Frage des Vertrauens. Wo dieses vorhanden sei, würden die Standorte angenommen und sei eine exzellente Qualität feststellbar. Sie spricht sich für mehr Außenwirkung und Außenwerbung in diesem Bereich aus. Bedauerlich sei der Bereich Oststadt, hier müsse dringend etwas getan werden. Des Weiteren weist Stadträtin Moersch auf den Antrag ihrer Fraktion auf Einrichtung eines Jugendgemeinderats in Ludwigsburg als Prüfauftrag zur Miteinbeziehung der Jugendlichen hin. Sehr wichtig sei auch der jährliche Bericht mit der Möglichkeit der nachhaltigen Entwicklung der Jugendförderung. Ein Anteil von 5 % der Jugendlichen benötigten besondere Begleitung und Unterstützung. Der Anteil der Gremienarbeit von 40 % im Verhältnis zur offenen Jugendarbeit ist aus ihrer Sicht deutlich zu hoch. Man unterstütze das Konzept, bitte jedoch um Nachbesserung in den genannten Punkten.

Stadträtin **Klett-Heuchert** spricht sich für mehr Kooperationen insbesondere mit Schulen sowie Partnern im kulturellen und kirchlichen Bereich aus, vor allem für Obweil und die Oststadt sei dies sehr wichtig. Mit Blick auf das Kinderbüro sei die Beteiligung und Einschaltung in das Gemeinwesen sehr wichtig. In diesem Zusammenhang hätte man eine Erhöhung der Stellen als gerechtfertigt angesehen. Sie regt an, bezüglich der Frage der multikulturellen Begegnungen in der Jugendarbeit Anregungen von Seiten des Integrationsbeirats zu holen.

EBM **Seigfried** erläutert nachfolgend die Zusammensetzung des Anteils von 40 %, das nicht reine Gremienarbeit bedeute, sondern insbesondere auch Abstimmungs- und Vorbereitungsarbeiten beinhalte.

Stadtrat **Heer** erklärt, die städtische Kinder- und Jugendförderung stelle aus Sicht seiner Fraktion einen elementaren Baustein in der Jugendarbeit dar und müsse als Teil eines Netzwerkes stadtteilbezogen stattfinden. Wichtig sei die Beteiligung der Betroffenen in Form der Jugendkonferenzen, wo die Jugendlichen in die Pflicht genommen und Verantwortung übernommen werden sollte. Er weist auf den Bedarf und das mangelnde Angebot in Pflugfelden hin und sieht Handlungsbedarf insbesondere auch mit Blick auf die Aufsiedlung des Baugebietes „Wasserfall“. Eine Jugendkonferenz habe in Pflugfelden noch nicht stattgefunden. Er regt eine Abfrage des Sportangebotes an. Seine Fraktion könne der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Lange** bittet um getrennte Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlags. Bezug nehmend auf Ziffer 2) würden einige als Grundlage für die Weiterentwicklung erwähnte Bewertungen von ihr nicht mitgetragen. So halte sie beispielsweise die Verringerung der bisherigen ganzen Stelle für die Schulsozialarbeit an der Elly-Heuss-Knapp-

Realschule auf eine halbe Stelle für falsch, stehe den organisatorischen Veränderungen beim Kinderbüro kritisch gegenüber, lehne den weitgehenden Rückzug aus Oßweil und der Oststadt ab und fehlten ihr konzeptionelle Aussagen zu den Aktivspielplätzen als wichtige Bausteine einer Kinder- und Jugendförderung in der Stadt. Des Weiteren könne sie die Rückführung der schulbegleitenden Jugendsozialarbeit in der Eichendorffschule in Grünbühl auf eine halbe Stelle nicht mittragen.

Zusammenfassend macht EBM **Seigfried** nachfolgend Ausführungen insbesondere in Bezug auf die personelle und inhaltliche Aufstellung der städtischen Kinder- und Jugendförderung sowie zum Einsatz der Personalressourcen und weist bei der Frage der Entwicklung der städtischen Jugendförderung auf die Erforderlichkeit von Teamentwicklungsprozessen hin.

Nachfolgend stellt EBM **Seigfried** die einzelnen Ziffern der Vorlage Nr. 170/11 nacheinander getrennt im Gremium zur Abstimmung.

TOP 2.1	Kommunale Jugendsozialarbeit - Antrag der Stadträtinnen Burkhardt und Kainz (LUBU) vom 23.11.2008	Vorl.Nr. 649/08
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Stadträtinnen Burkhardt und Kainz (LUBU) vom 23.11.2008, Vorl.Nr. 649/08 ist mit Berichterstattung im Gremium erledigt.

TOP 2.2	Kinder- und Jugendförderung - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.01.2010	Vorl.Nr. 021/10
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Unter dem Verweis des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.01.2010, Vorl.Nr. 021/10 in den Integrationsbeirat zur Beratung der Thematik der interkulturellen Jugendarbeit ist der Antrag erledigt.

TOP 2.3	Leitlinien zur Weiterentwicklung Konzeption Kinder- und Jugendförderung/Umstrukturierung - Antrag der Stadträtinnen Burkhardt und Lange (LUBU) vom 08.03.2010	Vorl.Nr. 122/10
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Stadträtinnen Burkhardt und Lange (LUBU) vom 08.03.2010, Vorl.Nr. 122/10 ist in Übereinstimmung mit dem Gremium erledigt.

TOP 2.4 Jugendförderung in Neckarweihingen und Vorl.Nr. 597/10
Poppenweiler - Antrag der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen vom 24.11.2010

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2010, Vorl.Nr. 597/10 ist mit Beratung und Beschlussfassung im Gremium erledigt.

TOP 2.5 Jugendfarmverein Ludwigsburg e.V. - Antrag der Vorl.Nr. 214/10
FDP-Fraktion vom 26.04.2010

Beratungsverlauf:

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 26.04.2010, Vorl.Nr. 214/10 wird im Rahmen der weiteren Beratung im Sachzusammenhang berücksichtigt und zur Beratung aufgerufen.

TOP 2.6 Jugendtreff in der Oststadt/Räume der Vorl.Nr. 001/11
Schulsozialarbeit an der Oststadtschule - Antrag
der SPD-Fraktion vom 25.01.2011

Beratungsverlauf:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 25.01.2011, Vorl.Nr. 001/11 wird im Rahmen der weiteren Beratung im Sachzusammenhang berücksichtigt und zur Beratung aufgerufen.

TOP 3 Grundschulcampus

TOP 3.1 Zusammenfassung der Erörterung über die Vorl.Nr. 187/11
Weiterentwicklung der Anton-Bruckner-Schule
und der Pestalozzischule

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1, 3.1.1, 3.1.2, 3.2 und 3.2.1, Vorl.Nr. 187/11, 164/11, 175/11, 207/11 und 107/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.1.1, Vorl.Nr. 164/11.

Abweichender Empfehlungsbeschluss:

1. Die beiden Grundschulen Pestalozzi-Schule und Anton-Bruckner-Schule werden zu einer gemeinsamen Schule und organisatorischen Einheit zusammengelegt. Dies geschieht im zeitlichen Rahmen des Umzugsplanes nach dem derzeitigen Schulentwicklungskonzept (Bezug ab August 2012). Einen entsprechenden Antrag reicht die Stadt beim RP ein.
2. Bei einer Fusion der beiden Schulen sollen Angebotszüge in Form einer gebundenen und offenen Schulform angeboten werden.
3. *erledigt mit Beratung und Beschlussfassung über Vorl.Nr. 207/11.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Ziffern 1 und 2 werden getrennt zur Abstimmung gestellt.

Ziffer 1 wird mit 8 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Ziffer 2 mit abweichendem Wortlaut wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1, 3.1.1, 3.1.2, 3.2 und 3.2.1, Vorl.Nr. 187/11, 164/11, 175/11, 207/11 und 107/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Unter dem Verweis auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen führt EBM **Seigfried** unter kurzer Darstellung des Sachverhalts einleitend in den Sachverhalt ein.

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt nachfolgend ergänzend die Situation dar. Im Dialog mit den Elternvertretern beider Schulen sei deutlich geworden, dass insbesondere den Eltern der Pestalozzischule die Beibehaltung des Konzeptes der Pestalozzischule und die bleibende Eigenständigkeit der Schule wichtig seien. Mit Blick auf die kommende Schulentwicklungsplanung halte man es für unabdingbar, dass man für die Schulen als verlässlicher Partner wahrgenommen werde. Wichtig sei auch, dass der Elternwille in die Entscheidungen mit einfließe.

In der nachfolgenden Aussprache verweist Stadtrat **Kromer** auf den vor drei Jahren im Rahmen der Verabschiedung des Schulentwicklungsplanes mit nur einer Gegenstimme gefassten Beschluss des Gemeinderats, an einem Standort aus zwei eigenständigen Grundschulen mit unterschiedlichem pädagogischen Profil im Ganztagesbetrieb ein Grundschulzentrum zu bilden. Diesem nicht mehr zu entsprechen, ist für ihn unverständlich, seit der Beschlusslage habe sich wenig verändert. Nach Vorliegen der in der Mitteilungsvorlage Nr. 187/11 dargestellten Ergebnisse werde die Mehrheit der CDU-Fraktion den Antrag der SPD-Fraktion, Vorl.Nr. 164/11 ablehnen. Sehr beeindruckt sei man von den schriftlichen Darstellungen mit den Anlagen beider Schulen zur jeweiligen Konzeptionsentwicklung zum Grundschulareal. Er geht erläuternd auf die Ergebnisse ein. In Stuttgart werde viel über die Bedeutung von Bürgerbeteiligung sowie Elternwille geredet

und geschrieben. In Ludwigsburg müsste man Worten nun Taten folgen lassen. Die CDU-Fraktion werde heute mit einer Gegenstimme der Empfehlung der Verwaltung bezüglich der Schulentwicklungsplanung in der Schulgasse und der daraus resultierenden Zusammenlegung der Schulbezirke 6 und 7 zustimmen.

Aus der Sicht von Stadtrat **von Stackelberg** sind beide vorgelegte Konzepte der Schulen innovativ und werden den Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht. Den Antrag der SPD-Fraktion, Vorl.Nr. 164/11 nachfolgend begründend zeigt er die Vorteile einer gemeinsamen Schule als organisatorischen Einheit auf. Er verweist insbesondere auf Veränderungen in Bezug auf personelle Voraussetzungen der Schulleitung sowie die politische Entwicklung hin zu Ganztageschulen. Künftig notwendig werdende bessere Reaktionsmöglichkeiten der Schulen auf die Bedarfe und verändernden Anforderungen sei in zwei fest installierten Schulen schwerer umsetzbar. Erforderlich sei, die Schulbezirke 6 und 7 zu verändern. Man wolle hier Chancengleichheit für alle Grundschul Kinder und deren Eltern ermöglichen. Durch eine Schule sei eine bessere Steuerung möglich. Er spricht sich für den Erhalt der beiden erarbeiteten Profile in einer Schule aus.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass heute ein Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat zur Fusion der beiden Schulen gegeben werden könne, jedoch habe man keinen Einfluss auf die innere Verfassung dieser Schule. Die weitere Entwicklung der Schule müsse im üblichen Verfahren unter Einbeziehung der Schulmitwirkungs gremien stattfinden.

Für Stadträtin **Moersch** beinhaltet die nun vorliegende Vorlage keinerlei Neuigkeiten. Schwieriger Knackpunkt stelle aus ihrer Sicht die Unsicherheit bezüglich der Lehrerzuweisung dar. Man wisse im Hinblick auf die Bildungspolitik der Landesregierung noch nicht, was auf einen zukomme. Sie bittet vor einer Abstimmung um eine Sitzungsunterbrechung zur kurzen Beratung. Es spreche dafür, die zwei Schulen zusammenzulegen und nennt in diesem Zusammenhang insbesondere die Vorteile, dass es eine Schule, eine Leitung, keine Abstimmungsprobleme, keine Schwierigkeiten beim Entstehen von Lehrerengpässen sowie einen flexibleren Umgang mit den Ressourcen gebe. Sie spricht sich dafür aus, in den gebundenen Ganztagesbetrieb zu gehen. Eine Antwort hätte man gerne noch auf die Frage, wie viele Lehrerstunden tatsächlich wegfallen würden. Ihre Fraktion beantrage vor der endgültigen Entscheidung eine Sitzungsunterbrechung.

Stadtrat **Dr. Vierling** erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Verwaltungsvorschlag der Zusammenlegung der beiden Schulbezirke. Man unterstütze den Antrag der SPD-Fraktion, eine gemeinsame Schule zu bilden. Man wolle auf dem neuen Innenstadtgrundschulcampus keine dauernde Konkurrenz zwischen zwei Schulen mit Blick auf die Modelle offene und gebundene Ganztageschule. Von einer zusammengefassten Schule erwarte man sich die Vielfalt in der Einheit, also die Bewahrung der bewährten unterschiedlichen Profile. In Richtung Pestalozzischule versichert er, man wünsche, dass die Schulkultur am neuen Standort unter dem dann neuen organisatorischen Dach weitergepflegt und fortentwickelt werde. Die Tabelle in der Anlage der Vorlage in Bezug auf die Lehrerstunden halte man für nicht geeignet, zur Klärung beizutragen und verweist auf Zitate aus dem Koalitionsvertrag. Man halte sich an die Aussagen der Berichtsvorlage und des staatlichen Schulamtes, wonach gleichzeitig offene und gebundene Ganztageszüge an ein und derselben Schule möglich seien.

EBM **Seigfried** macht deutlich, ihm sei bisher keine Berechnung als Grundlage für eine qualifizierte Aussage hinsichtlich der zukünftigen Lehrerzuweisung bekannt.

Die Situation kurz darstellend ist aus der Sicht von Stadtrat **Heer** auch ein späterer Zusammenschluss möglich und nicht ausgeschlossen. Entsprechend dem Antrag seiner Fraktion sei die FDP für die derzeitige Beibehaltung beider Schulkonzepte an einem Standort und damit für die Zusammenlegung der beiden bisher getrennten Schulbezirke zu einem. Dadurch werde den Eltern eine freie Wahl und eine Auswahl der Schulkonzepte ermöglicht. Im Hinblick auf die sich veränderten Rahmenbedingungen in der Schulpolitik könnte dies ein Vorbild für die Abschaffung von Schulbezirken und zu einer freien Wahl der Schule sein. Er warnt davor, seitens der Stadt den

Schulen ein Konzept aufzuzwingen. Stadtrat Heer spricht sich dafür aus, die Schulbezirke zusammenzulegen und von einer Zusammenlegung der beiden Schulen Abstand zu nehmen.

Stadträtin **Lange** erklärt ihre Zustimmung zur Verwaltungsvorlage Nr. 207/11. Das staatliche Schulamt sehe keine Notwendigkeit einer Zusammenlegung und verweise auf einen demokratisch herbeigeführten Beschluss für die Beibehaltung der zwei eigenständigen Schulen auf einem gemeinsamen Campus.

EBM **Seigfried** stellt erläuternd nochmals die Entscheidungssituation und die sich daraus ergebenden Konsequenzen dar. Letztlich bestehe Uneinigkeit lediglich in der Frage, was die bessere Lösung darstelle, zwei Schulen an diesen Standort zu verlegen oder die Schulen zu fusionieren. Eine Berechnung hinsichtlich der Lehrerzuweisung könne nicht vorgenommen werden.

Es folgt im Anschluss eine Sitzungsunterbrechung von 19:27 Uhr bis 19:36 Uhr.

Im Anschluss an die Sitzungsunterbrechung stellt EBM **Seigfried** zunächst Ziffer 1. des Antrags der SPD-Fraktion vom 04.04.2011, Vorl.Nr. 164/11 als Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat im Gremium zur Abstimmung.

Daraufhin wird von EBM **Seigfried** Ziffer 2. mit abweichendem Wortlaut, wonach es im Falle einer Fusion verschiedene Angebotsformen geben solle, als Empfehlungsbeschluss des BSS für die neu zu bildende Schule, im Gremium zur Abstimmung gestellt.

Abschließend lässt EBM **Seigfried** über die Vorl.Nr. 207/11 als Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat im Gremium abstimmen.

Ziffer 3. des Antrags der SPD-Fraktion vom 04.04.2011, Vorl.Nr. 164/11 ist mit Beratung und Beschlussfassung über die Vorl.Nr. 207/11 erledigt.

TOP 3.1.2

Erhaltung Eigenständigkeit von Anton-Brucknerschule und Pestalozzischule - Antrag der Stadträtin Lange vom 13.04.2011

Vorl.Nr. 175/11

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1, 3.1.1, 3.1.2, 3.2 und 3.2.1, Vorl.Nr. 187/11, 164/11, 175/11, 207/11 und 107/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Der Antrag von Stadträtin Lange vom 13.04.2011, Vorl.Nr. 175/11 ist mit Beratung und Beschlussfassung im BSS am 18.05.11 erledigt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.1.1, Vorl.Nr. 164/11.

Beschluss:

Die Grundschulbezirke der Anton-Bruckner-Schule (Bezirk Nr. 6) und der Pestalozzischule (Bezirk Nr. 7) werden mit Wirkung 01.01.2012 zu einem Schulbezirk (Nr. 6/7) zusammengelegt. Die Satzung über die Bildung der Schulbezirke für die Grund-, Haupt-, Werkreal- und Förderschulen der Stadt Ludwigsburg wird entsprechend geändert. Die Satzungsänderung tritt am Tage nach ihrer amtlichen Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1, 3.1.1, 3.1.2, 3.2 und 3.2.1, Vorl.Nr. 187/11, 164/11, 175/11, 207/11 und 107/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.1.1, Vorl.Nr. 164/11.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 3, 3.1, 3.1.1, 3.1.2, 3.2 und 3.2.1, Vorl.Nr. 187/11, 164/11, 175/11, 207/11 und 107/11 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 02.03.2011, Vorl.Nr. 107/11 ist mit Beratung und Beschlussfassung über die Vorl.Nr. 207/11 erledigt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 3.1.1, Vorl.Nr. 164/11.

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg setzt ihr lokales Förderprogramm zur Elternbildung für Eltern mit Migrationshintergrund und bildungsferne Eltern dauerhaft fort. Das Förderprogramm wird wie bisher mit 30.000 Euro/Jahr ausgestattet.

Ziel ist es, die Chancen von Kindern aus sozial belasteten und bildungsfernen Familien sowie Familien mit Migrationshintergrund weiterhin so zu verbessern, dass sie die Möglichkeit einer angemessenen Bildung erhalten.

Die vorhandenen Förderrichtlinien haben Bestand.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Unter kurzen einleitenden Ausführungen verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 202/11.

In der nachfolgenden Aussprache hält Stadträtin **Kopf** die Weiterführung des Programms für eine gute Sache. Bildung sei der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Stadtrat **Griesmaier** stellt fest, dass die Chancen der Kinder über die Bildung der Eltern verbessert würden, dies müsse noch weiter verstärkt werden. Mit Blick auf die Nachhaltigkeit sollte langfristig eine Ausdehnung auf die Gruppe der künftigen Eltern wie beispielsweise Mädchen und Jungen der Oberklassen der weiterführenden Schulen erfolgen.

Die ausdrückliche Unterstützung ihrer Fraktion zum Ausdruck bringend macht Stadträtin **Moersch** deutlich, wie viel eine gute Sprachentwicklung bei Kindern zu einer gelingenden Schullaufbahn beitragen könne. Man wünsche sich jedoch in absehbarer Zeit einen Gesamtüberblick, was tatsächlich im Bereich der Elternbildung von städtischer Seite und von den freien Trägern getan werde.

Stadträtin **Klett-Heuchert** hält den Ansatz für sehr richtig. Das Programm müsse weitergeführt werden. Die Sache sei unterstützungswürdig und müsse auch finanziell gefördert werden.

Stadtrat **Heer** erklärt die grundsätzliche Zustimmung seiner Fraktion zum Förderprogramm der Elternbildung, die sinnvoll und notwendig sei und der Verbesserung der Bildungskompetenzen diene. Unter Bezugnahme auf die Vorlage merkt er an, dass nicht nur Migranten Sprach- und somit Bildungsdefizite hätten, sondern dies über alle Bevölkerungsgruppen hinweggehe.

Auf eine Nachfrage von Stadträtin **Kopf** eingehend machen Herr **Henning** (FB Bürgerschaftliches Engagement) und EBM **Seigfried** Ausführungen im Hinblick auf die Finanzierung.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 202/11 im Gremium zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der städtische Zuschuss für die am Jugendbegleiter-Programm teilnehmenden Ludwigsburger Schulen wird für das Schuljahr 2011/2012 abhängig von der Anzahl der Jugendbegleiterstunden/Woche der jeweiligen Schule für die Aufwandsentschädigung und Qualifizierung von Jugendbegleitern sowie Sachkosten in folgender Höhe gewährt:

4 – 10 Stunden	2.000 €
11 – 20 Stunden	3.600 €
21 – 40 Stunden	4.000 €
41 – 60 Stunden	4.800 €
ab 61 Stunden	5.600 €

2. Für die am Jugendbegleiter-Programm teilnehmenden Ludwigsburger Schulen wird für das Schuljahr 2011/2012 ein Zuschuss in Höhe von bis zu 86.000 € zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Herrmann (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 194/11.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache spricht Stadtrat **Kromer** im Namen seiner Fraktion Dank für die geleistete gute Arbeit aus. Die bisherige Verfahrensweise in Ludwigsburg habe sich hervorragend bewährt und sei ein vorbildlicher Weg für viele Städte.

Stadtrat **von Stackelberg** erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage. Nach wie vor finde man jedoch die Sachkostenaufteilung sehr pauschaliert, in diesem Punkt sollte eine Nachjustierung überprüft und Ungerechtigkeiten an der einen oder anderen Stelle ausgeglichen werden.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, man betrachte das Jugendbegleiter-Programm als ein wichtiges Modell mit hohem Stellenwert in Ludwigsburg. Man stimme gerne zu und halte das Geld für gut angelegt. Auch in der Zukunft werde es ohne Ehrenamtliche nicht gehen. Man sei der Meinung, dass Mittel auf Dauer nicht zweckentfremdet, sondern direkt bei den Jugendbegleitern verwendet werden sollten. Hinsichtlich der Entschädigung der Ehrenamtlichen werde er künftig Vorlagen, die über eine Entschädigungshöhe von 15 Euro hinausgingen, nicht mehr zustimmen, da es sich hierbei aus seiner Sicht nicht mehr um ein Ehrenamt sondern um Berufersatz handle.

Aus der Sicht von Stadtrat **Dr. Vierling** stelle sich die Frage, wie die neue Landesregierung im

Hinblick auf das Jugendbegleiter-Programm weiter verfahren werde. Aus dem Koalitionsvertrag zitierend gehe aus seiner Sicht der Stellenwert des Jugendbegleiter-Programms zurück und sei nur eine „Brückentechnologie“, solange die Ganztageschule noch nicht den vollen Ausbaustand habe.

Für Stadtrat **Heer** ist das Jugendbegleiterprogramm ein Erfolg, dies zeige auch die Zunahme der Teilnehmenden. Wichtig sei die Bezuschussung durch das Land und neu die Möglichkeit der Teilnahme auch der beruflichen Schulen, die mitfinanziert würden. Insgesamt werde das Jugendbegleiter-Programm gut angenommen.

Stadträtin **Lange** bedauert, dass die Stadt nicht bereit sei, einen Zuschuss für Koordinierungsaufgaben zu geben, daher lehne sie Ziffer 1 des Beschlussvorschlags ab. Sie schlägt eine Abänderung der Ziffer 2 anstelle der Worte „in Höhe von bis zu 86.000 Euro“ in „bis zur Höhe der Landesförderung“ vor. Unabhängig davon bitte sie nach den Sommerferien um einen schriftlichen Bericht darüber, welche Ludwigsburger Schulen im vergangenen Schuljahr welche Projekte mit welchen Kosten im Rahmen des Jugendbegleiter-Programms durchgeführt haben und wie diese Projekte von Stadt und Land bezuschusst worden seien.

EBM **Seigfried** macht deutlich, dass man in Ludwigsburg noch niemals das Jugendbegleiter-Programm als Ersatz für den Ganztags gesehen habe, vielmehr habe es immer eine ergänzende Funktion gehabt. Er weist des Weiteren auf den immensen zeitlichen Aufwand einer Evaluierung seitens der Verwaltung hin. Man habe in dieser Beziehung das Vertrauen zu den verantwortlichen Schulleiterinnen und Schulleiter, die richtigen Angebote im Rahmen des Kontextes ihrer Schule auszuwählen, zudem werde die fiskalische Seite überprüft.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Dr. Vierling** bezüglich der Staffelung des städtischen Zuschusses nach Stunden der Jugendbegleitung in Anlage 4 der Vorlage erläutert Frau **Piepkorn** (FB Bildung, Familie, Sport) den Sachverhalt. Die Kategorien seien vom Land vorgegeben. Wie in Anlage 2 ersichtlich würden nicht alle Schulen den ihnen zur Verfügung stehenden Zuschuss, oder nicht in voller Höhe, abrufen.

Stadtrat **Griesmaier** unterstützt die Aussage von EBM **Seigfried** und appelliert, diesen unsäglichen bürokratischen Aufwand zu vermeiden und die Zeit nicht mit unnützen statistischen Erhebungen zu vergeuden.

EBM **Seigfried** bringt zum Ausdruck, dass man in Ludwigsburg die laufenden Angebote immer ausführlich dargestellt habe. Er weist in diesem Zusammenhang auf eine bestehende Datenbank, die veröffentlicht worden sei sowie einen Ordner Jugendbegleiter-Programm mit vielen praktischen Beispielen hin, der gerne zur Verfügung gestellt werde. Mit Blick auf das bestehende Budget überfordere das Evaluieren jedes einzelnen Angebotes die Kommunalverwaltung völlig. Wenn auf dem Antrag bestanden werde, bitte er um einen schriftlichen Antrag, womit ein entsprechendes Institut zur Durchführung der Evaluation beauftragt werde, was dann aber mit Kosten verbunden sei.

EBM **Seigfried** stellt abschließend die Vorl.Nr. 194/11 im Gremium zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Fachbereich Bildung, Familie, Sport wird beauftragt ab dem Schuljahr 2011/2012

1. die als Pilotprojekt an der August-Lämmle-Schule befristet eingerichtete Nachmittagsbetreuungsgruppe von 15 auf 24 Betreuungsplätze zu vergrößern. Die Finanzierung der Personal- und Sachkosten erfolgt über Elternbeiträge.
2. die Anzahl der Betreuungsplätze in der befristet eingerichteten Spätbetreuung an der Schlößlesfeldschule von 17 auf bis zu 52 Plätze zu erhöhen. Die Finanzierung der Personal- und Sachkosten erfolgt über Elternbeiträge.
3. an der Schlößlesfeldschule eine weitere (7.) Kernzeiten-Betreuungsgruppe im Rahmen der verlässlichen Grundschule als Versuch auf 2 Jahre befristet einzurichten und zu eröffnen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Herrmann (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Unter kurzer Einführung verweist EBM **Seigfried** einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 166/11.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

Im Rahmen der nachfolgenden Aussprache spricht Stadtrat **Meyer** seitens seiner Fraktion Lob für das gute Angebot aus. Mit Blick auf mehr Transparenz für die Eltern bittet er künftig um Informationen im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales, an welchen Grundschulen und aus welchen Gründen noch Lücken bestünden.

EBM **Seigfried** erklärt, die Frage der Weiterentwicklung sei als wesentlicher Punkt Teil des Gesamtauftrages für die gestartete Schulentwicklungsplanung.

Stadtrat **von Stackelberg** stellt fest, dass ein großer Bedarf da sei und man versuche, diesen aufzufangen und umzusetzen, was man sehr unterstütze. Begrüßen würde man, wenn mit Blick auf die Vergleichbarkeit die Möglichkeit eines einheitlichen Systems der Finanzierung und Organisation der Betreuung in Ludwigsburg gefunden werden könnte. Gespannt sei man auch auf die weiteren räumlichen Entwicklungen in der Schlößlesfeldschule. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu.

Stadträtin **Moersch** erklärt, man begrüße, dass nachgebessert werde und sehe dies als gute Lösung an. Man begrüße auch die hohe Qualität und Flexibilität. Ihre Fraktion stimme der Vorlage

zu.

Stadträtin **Klett-Heuchert** bringt zum Ausdruck, dass man als Schulträger auch in Zukunft von einem höheren Platzbedarf werde ausgehen müssen. Ihre Fraktion stimme der Vorlage, die man als Übergang betrachte, zu.

Stadtrat **Heer** sieht die gute schulische Arbeit der Schlösslesfeldschule und August-Lämmle-Schule als Beispiel dafür, wie Schule auch funktionieren kann. Dies sei vorbildlich und nachahmenswert und man stimme der Beschlussvorlage zu. In diesem Zusammenhang müsse im Schlösslesfeld auch die Frage der Bibliothek und der Erhalt an diesem Standort diskutiert werden.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 166/11 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 7

Masterplan 10: "Vielfältiges Sportangebot"

Vorl.Nr. 165/11

Beratungsverlauf:

Im Einverständnis des Gremiums erklärt EMB **Seigfried**, dass dieser Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des BSS zur Beratung aufgerufen wird.

Eine Beratung der Thematik im BSS am 18.05.11 findet nicht statt.

TOP 8

Tennisclub Ludwigsburg - Sanierung des Bodens
in der vereinseigenen Tennishalle

Vorl.Nr. 186/11

Beschluss:

Der Tennisclub Ludwigsburg erhält für die Sanierung des Bodens in der vereinseigenen Tennishalle einen Zuschuss in Höhe von 30 % der Kosten, höchstens jedoch 13.800 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Herrmann (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 186/11.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

Aus der Sicht von Stadtrat **Heer** handelt es sich beim Tennisclub Ludwigsburg, entgegen den

Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 18.05.2011

Ausführungen in der Vorlage, um einen kommerziellen Verein. Es erschließe sich ihm auch nicht, warum der renommierte Traditionsverein diese finanziellen Aufwendungen nicht selbst stemmen könne. Seine Fraktion lehne den Zuschussantrag, insbesondere auch im Hinblick auf die Signalwirkung auf die anderen Vereine, ab.

Sein Unverständnis ausdrückend sieht Stadtrat **Meyer** dagegen den Tennisclub als einen ganz normalen Verein im Sportbereich an. Die Situation und Faktenlage sei hier eindeutig und die Sache im Zusammenhang mit der Ausübung eines gewissen Sports, insbesondere auch im Jugendbereich, zu sehen.

Auch die Stadträte **von Stackelberg** und **Glasbrenner** sehen unter Erläuterung der Sachlage die Gewährung des Zuschusses für den Tennisclub Ludwigsburg als gerechtfertigt an.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Klett-Heuchert** macht Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) nachfolgend Ausführungen zum Freizeit- und Leistungssport. Die Mitgliederzahlen der letzten Jahre des Tennisclubs Ludwigsburg seien steigend und der aktuelle Jugendanteil betrage 23,6%.

An Stadtrat Heer gerichtet führt er aus, dass man nicht als kommerziell bezeichnen könne, wenn die Vereinsmitglieder für die Hallennutzung etwas zahlten, da der Tennisclub davon seine gesamte Anlage unterhalte.

EBM **Seigfried** ergänzt, man bewege sich hier im Rahmen geltender Richtlinien.

Nach weiterer kurzer Aussprache, in dessen Verlauf auf Nachfrage von EBM **Seigfried** Stadtrat Heer weiter seine ablehnende Haltung begründet, stellt abschließend EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 186/11 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 9

Beschaffung der Drehleiter

Vorl.Nr. 183/11

Abweichender Beschluss:

1. Der BSS nimmt die Fortschreibung des Fahrzeugbeschaffungskonzeptes zur Kenntnis.
2. Der BSS beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Beschaffungsverfahrens für ein Hubrettungsfahrzeug in der Ausführung als Drehleiter DLA (K) 23 / 12, wenn wirtschaftlich sinnvoll als Vorführfahrzeug oder als Neufahrzeug in einem Kostenrahmen bis höchstens ca. 600.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Herrmann (entschuldigt)

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 183/11.

Stadtrat **Meyer** erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Beschlussvorlage und spricht der Feuerwehr Dank für ihre Arbeit aus.

Auch Stadtrat **Griesmaier** erklärt die Zustimmung seiner Fraktion.

Stadtrat **Kirnbauer** spricht der gesamten Feuerwehr und allen Beteiligten den Dank seiner Fraktion aus. Man stimme der Vorlage zu, möchte jedoch die ca.- Kosten gedeckelt haben, beispielsweise durch den Einbau einer 10 % Klausel. Ebenso stimme man der Fortschreibung über die Jahre 2013 und 2014 für die dann fällige Ersatzbeschaffung für das LF 16 in Ludwigsburg-Oßweil zu.

Stadtrat **Dr. Vierling** spricht sich dafür aus, den genauen Betrag der Anschaffungskosten als Obergrenze in die Beschlussvorlage mit aufzunehmen. Er schlägt weiterhin vor, mit Blick auf das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, der Idee nachzugehen, ein Vorführfahrzeug zu erwerben. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu.

Stadtrat **Heer** erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage.

Im Anschluss geht Herr **Thoß** (FB Sicherheit und Ordnung, Feuerwehr) erläuternd auf Ausführungen und Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums im Zusammenhang mit den Rahmenbedingungen der Beschaffung des Hubrettungsfahrzeugs ein.

Als Ergebnis der kurzen weiteren Beratung stellt EBM **Seigfried** abschließend den abweichenden Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 183/11 unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlags von Stadtrat Glasbrenner der Ergänzung und Konkretisierung des Kostenrahmens in Ziffer 2, im Gremium zur Abstimmung.